

Starker Standort trotz Frankenstärke

Wettbewerb Starker Franken, Eurolöhne und Bürokratieabbau dominieren derzeit die Wirtschaftsagenda der Regierung. Seit Januar 2015 habe die Regierung verschiedene Massnahmen ergriffen, um den Werkplatz Liechtenstein attraktiv zu halten.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Es kommt meist anders, als man denkt. Im Dezember 2014 stellte Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer noch die neue Standortstrategie für Liechtenstein vor. Der Fokus lag auf der Verteidigung und Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen für die in Liechtenstein angesiedelten Unternehmen, damit diese dem Standort treu bleiben. Einen Monat später hob die Schweizerische Nationalbank den Euro-Mindestkurs auf und die Situation für den Wirtschaftsstandort änderte sich schlagartig. Für Zwiefelhofer haben diese Veränderungen die Strategie jedoch nicht über den Haufen geworfen, sondern die Verteidigung der Rahmenbedingungen für die bestehenden Unternehmen sogar noch wichtiger gemacht. Dies betonte er am Dienstag in einer Pressekonferenz, zu der er gemeinsam mit Christian Hausmann, Leiter des Amts für Volkswirtschaft, lud.

Entlastende Massnahmen

Eine Standortstrategie alleine genüge jedoch nicht, man müsse auch konkrete Massnahmen umsetzen, argumentierte Zwiefelhofer. Direkten Einfluss auf den Wechselkurs habe man selbstverständlich nicht, aber die Regierung könne versuchen, mit verschiedenen Aktionen die Unterneh-



Thomas Zwiefelhofer und Christian Hausmann zur Wirtschaftslage. (Foto: Vollmar)

men zu entlasten und positive Signale zu senden. Alle beschlossenen Massnahmen hätten zum Ziel, den Unternehmen Zeit zu kaufen, um sich auf die Frankensituation einzustellen. Im Zentrum standen Liquiditätssicherung, Kostensenkung und Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehöre die Verdopplung des Budgets für die Innovations- und Exportschecks im März 2015 und die mögliche Verschiebung der erhöhten Energieför-

derungsabgabe auf 2017, sofern der Wechselkurs zum Euro per 1. Oktober unter 1.10 liegt. Auch die Revision der AHV und der betrieblichen Personalvorsorgen seien bewusst auf 2017 angesetzt worden. Zudem würden Massnahmen, wie die Abschaffung der obligatorischen Liftkontrollen, den Unternehmen rund fünf Millionen Franken sparen. Weitere Schritte zur Abfederung der Frankenstärke seien noch im Gespräch.

So würden Bestrebungen laufen, liechtensteinischen Unternehmen und der Universität den Zugang zur Förderung der schweizerischen Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zu erleichtern. «Ich bin zuversichtlich, dass wir ein positives Ergebnis für den Innovations- und Forschungsplatz erreichen können», betonte Zwiefelhofer. Ausserdem arbeite das Ministerium an einem Gesetzesentwurf, der kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Forschungseinrichtungen in Liechtenstein bei erfolgreicher Bewerbung zu internationalen Forschungsprojekten finanziell unterstützt und so die Teilnahme attraktiver gestaltet.

Schlankere Bürokratie

Auch die Straffung der Bürokratie soll den Zeit- und Finanzaufwand für Unternehmen reduzieren. Zu diesem Zweck hat die liechtensteinische Wirtschaftskammer 2014 im Auftrag der Regierung eine Bürokratieumfrage unter ihren Mitgliedern durchgeführt. Daneben laufe parallel die Leistungsanalyse in der Landesverwaltung unter Federführung des Ministeriums für Präsidium und Finanzen. Basierend auf den daraus resultierenden Erkenntnissen, habe man bereits erste Schritte ergriffen, verkündete der Wirtschaftsminister. So wurde die Beantragung von Sonntagsbewilligungen vereinfacht, die Digitalisierung vieler Verwaltungs-

geschäfte vorangetrieben und verschiedene Formulare wurden harmonisiert, um mehrfaches Ausfüllen zu reduzieren. Ein weiterer Punkt ist die Liberalisierung der Märkte. So wird der Landtag im Herbst über die Revision des Bauwesenberufsgesetzes entscheiden können, welches gewissen Berufsgruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern soll. Die Anpassungen des Gewerbegesetzes seien hingegen pausiert, da hier noch ein Urteil des EFTA-Gerichtshofes gegen Liechtenstein (das «Volksblatt» berichtete) abgewartet werden müsse. Verbesserungsbedarf gebe es noch beim grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr mit der Schweiz. Hier würden aber entsprechende Gespräche geführt, merkte Zwiefelhofer an.

Für Ende dieses Jahres sei schliesslich eine Überarbeitung der aktuellen Standortstrategie geplant, die auf den aktuellen Massnahmen aufbaut.